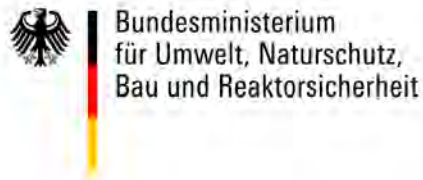

„Impulse für Europa“

Dokumentation des Fachgesprächs

**"Die Wirkung öffentlicher Investitionsprogramme
am Beispiel Energieeffizienz in Gebäuden"**

in Berlin am 25. November 2015





Vorbemerkung

Eine schwache bis stagnierende Wirtschaft und der Klimawandel sind zwei der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit. Um in beiden Themenfeldern voranzukommen, ist eine Verknüpfung von Klima- und Wirtschaftspolitik nötig. Dank einer Reihe von Studien, die maßgeblich durch das BMUB initiiert wurden, lässt sich zeigen, dass eine investitionsorientierte Klimapolitik, basierend auf ambitionierten Klimazielen, die immer bedrohlichere Wachstumsschwäche der europäischen Wirtschaft überwinden kann. Da andere Strategien zur Bekämpfung der Krise zusehends an Plausibilität verlieren, ist eine offensive Debatte zu diesem Thema dringend geboten.

Bei der ökonomischen Bewertung von Klimapolitik wird meist vorausgesetzt, dass diese den Einsatz ökonomischer Ressourcen durch preisliche und regulatorische Instrumente erfordert. Hierdurch werden lediglich Investitionsströme weg von klimabelastenden und hin zu klimafreundlichen Technologien und Aktivitäten gelenkt. Somit wird das Gesamtvolumen der Investitionen dabei kaum verändert.

Mit den gängigen ökonomischen Modellen, die Klimapolitik als Internalisierung externer Effekte darstellen, führen Emissionsreduktionen daher stets zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Dieses Bild der Klimapolitik berücksichtigt jedoch nicht einen möglichen Investitionsschub und die dadurch bewirkte Beschleunigung des technischen Fortschritts. Für einen „grünen“ Investitionsschub, der dem ökonomischen und sozialen Auseinanderdriften Europas entgegenwirken kann, ist neben dem Umbau des Energiesystems auch das Feld der Energieeffizienz höchst relevant. Dazu gehören die energetische Modernisierung der Gebäudesubstanz sowie die Erneuerung verschiedenster Infrastrukturen. Dies liegt sowohl im Interesse von Firmen, deren Geschäftsstrategie durch einen Mangel an effektiver Nachfrage bedroht ist, als auch im Interesse der Bürger Europas, die vielerorts aufgrund der Krise unter hoher Arbeitslosigkeit leiden. Zudem können institutionelle Anleger wie Versicherer profitieren, da der Mangel an sicheren Investitionsmöglichkeiten derzeit ein großes Problem darstellt.

Indem investitionsorientierte Klimapolitik eine Perspektive „grünen“ Wachstums für Europa eröffnet, kann sie helfen, das Koordinationsproblem europäischer Investoren zu lösen. Sie benötigt dazu sowohl neue Anreize für zusätzliche private Investitionen als auch ein Ausbildungs- oder Qualifizierungsprogramm für Beschäftigte der Branchen, die an der Umsetzung der getätigten Investitionen beteiligt sein werden. Dabei ist das Zusammenspiel mit Institutionen wie der KfW und der Europäischen Investitionsbank auf der einen Seite und Versicherungen und anderen institutionellen Anlegern auf der anderen Seite zentral. Für die Europäische Union insgesamt, aber gerade für jene Mitgliedstaaten, deren Pro-Kopf-Einkommen und Wirtschaftswachstum gering sind, bieten geeignete politische und ökonomische Impulse zur Reduktion von CO₂ die Chance, Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung zu werden. Hierzu gehört auch, das Vertrauen der Investoren in die europäische Energie-

Klima- und Infrastrukturpolitik zu stärken. Nur so werden Geschäftsmodelle entstehen können, die ihrerseits Investitionen nach sich ziehen. Damit einher geht die Notwendigkeit, Beschäftigte mit den Fähigkeiten und Fertigkeiten auszustatten, die für eine grüne Transformation erforderlich sind. Gelingt dies, ließen sich so positive Impulse für die europäischen Arbeitsmärkte generieren und die hohe Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft langfristig reduzieren. Diese Perspektive ist insbesondere im Hinblick auf den Klima-gipfel in Paris (COP21) im Dezember 2015 zu berücksichtigen und zu diskutieren.

Ziel der Fachgespräche

Ziel des Projektes „Impulse für Europa – Grünes Wachstum und Erneuerung der Berufsbildung“ ist es, in Fachgesprächen und Workshops die Potentiale der so genannten Green Economy mit relevanten Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu diskutieren. Fokussiert werden soll dabei auf die Erarbeitung von Win-Win-Szenarien in den Themenfeldern „Wirtschafts- und Finanzkrise“, „Klimaschutz“, „Energiewende“ und „Infrastrukturerneuerung“.

Beim Fachgespräch „Die Wirkung öffentlicher Investitionsprogramme am Beispiel Energieeffizienz in Gebäuden“ diskutierten Stakeholder aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nach einer makro-ökonomischen Einführung konkrete Chancen sowie Hemmnisse für Investitionen in diesem Bereich.

Diese Dokumentation soll als Ergebnisprotokoll dienen. Neben der Darstellung der Impulsreferate und -statements sind darin auch die Aussagen der Diskussionsteilnehmer in anonymisierter Form wiedergegeben.

Hintergrundinformationen zur Investitionsoffensive der EU

Seit Beginn der Krise im Jahr 2007 sind die Gesamtinvestitionen in der Europäischen Union um 15 Prozent zurückgegangen. Dieser Effekt stellt sich in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich dar. Während sich die Investitionen in Ländern wie Deutschland und Belgien erholt haben, sind sie in Mitgliedstaaten wie Portugal, Spanien (beide um ca. 35 Prozent) und Griechenland (ca. um 65 Prozent) eingebrochen. Die Gesamtinvestitionen lagen in 2013 um 430 Milliarden Euro unter dem historischen Spitzenwert von 2007. Dies stellt eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung der EU und damit für Wohlstand, Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit dar. Als eine wesentliche Ursache für die Investitionsschwäche in der Gemeinschaft nennt die Kommission ein zu geringes Investorenvertrauen auf Grund der unsicheren Erwartungen bezüglich der Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen.

Schwierigkeiten des Zugangs zu Risikokapital entstehen zudem vor allem in jenen Mitgliedstaaten, die von einer öffentlichen und privaten Verschuldung betroffen sind. Dies führt zu verknappter Kreditfinanzierung von Unternehmen und zu begrenzten haushaltspolitischen Handlungsspielräumen.

Zugleich aber ist die Liquidität als Ergebnis der Niedrigzinspolitik der EZB in den Finanzmärkten hoch, und insbesondere institutionelle Investoren suchen nach lukrativen Anlagemöglichkeiten. Mit ihrer Investitionsoffensive für die Jahre 2015 bis 2017 verfolgt die EU-Kommission das Ziel, mit geringen Mengen öffentlichen Geldes, das ohne weitere Verschuldung aufgebracht werden kann, große Mengen an privatem Kapital zu mobilisieren. Gefördert werden sollen Projekte in folgenden Bereichen: Infrastruktur (Digital- und Energiewirtschaft, Verkehr), Bildung und Berufsbildung, Forschung und Innovation, Nachhaltigkeit, Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven (insb. Jugendbeschäftigung) sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Die durch die EU zur Verfügung gestellten Mittel kommen aus EU-Garantien (16 Milliarden Euro) sowie über die EIB (5 Milliarden Euro) und werden über einen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) ausgezahlt. Ziel ist die Mobilisierung von Finanzmitteln für Investitionen ohne Verschuldung der öffentlichen Hand. Ausgehend von einer Hebelwirkung von 1:15 sollen durch die 21 Milliarden Euro öffentliches Geld insgesamt 315 Milliarden Euro mobilisiert werden – 240 Milliarden Euro für langfristige Investitionen sowie 75 Milliarden Euro für KMU und Mid-Cap-Unternehmen. Gelingt dies, so die Hoffnung, könnte das BIP in der EU um 330 bis 410 Milliarden Euro steigen und bis 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Vorträge

„Die Agenda der EU-Kommission“

Ingmar Jürgens, Senior Economic Advisor, Europäische Kommission

Erfreulicherweise wird in Europa seit ein paar Jahren wieder ein Diskurs über die Investitionslücke geführt. In der Europäischen Kommission hat diese Frage momentan höchste Priorität. Parallel dazu gewinnt die Frage an Gewicht, wie die notwendige Dekarbonisierung der europäischen Volkswirtschaften vorangetrieben werden kann. Dieser Workshop soll helfen, diese beiden für Europa so wichtigen Diskussionen zu verbinden und mit konkreten Beispielen zu unterlegen. Für Investitionspolitik im Allgemeinen sind drei Säulen entscheidend:

- Es müssen genügend Gelder mobilisiert werden
- Es muss dafür gesorgt werden, dass dieses Geld auch in der Realwirtschaft ankommt
- Es braucht ein förderliches regulatives Umfeld für Investitionen

In allen drei Bereichen gibt es in der EU derzeit Defizite. Und alle drei Bereiche lassen sich mit Klimaschutz und insbesondere Energieeffizienz verknüpfen. Zwischen dem historischen Pfad der Investitionen seit Gründung der EU und dem Nach-Krisen-Pfad ab 2008 klafft eine Lücke zwischen 230 bis 370 Mrd. Euro. Das sind zum Vergleich etwa 25% der Konsumausgaben oder 30% der Gehälter in Deutschland 2014. Um diese Lücke zu schließen, hat die EU-Kommission u.a. den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) ins Leben gerufen. Für die EU insgesamt beträgt die Investitionslücke in den Schlüsselsektoren etwa 209 Mrd. Euro pro Jahr von 2021-2030.

Auch in Deutschland gibt eine Investitionszurückhaltung seitens der Privatwirtschaft. Und auch die öffentliche Hand hat ihre Investitionen in erster Linie durch die Schuldenbremse deutlich reduziert. Wir bewerten hier in erster Linie Instrumente auf nationalstaatlicher Ebene, dabei sind insbesondere die Kommunen entscheidend, um den Investitionsstau aufzulösen.

Wichtig ist auch die Frage, in was investiert werden soll. Wünschenswert wären Projekte, die eine Kohärenz mit den nationalen und europäischen Klimazielen aufweisen.

Der Energiebereich ist für Investitionen von besonderer Bedeutung. 2013 waren z.B. 9 Prozent der europäischen Gesamtinvestitionen von Unternehmen im Bereich Energie angesiedelt. Die deutsche KfW ist ein gutes Beispiel, wie durch öffentliches Geld private Investitionen gehebelt werden können. Die Kommission will daher bei dem geplanten Investitionsschub einen Fokus auf die Bereiche Energieeffizienz in Gebäuden und der Industrie legen.

Insgesamt lässt sich bei der Kohärenz der Investitions- und Klimapolitik der EU eine positive Entwicklung konstatieren. Wurden anfangs Instrumente und Themen wie EFSI und 2030-Agenda streng getrennt, wächst das Bewusstsein für diese Verknüpfung.

„Energieunion – Stand der Planungen“

Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch

In der letzten Woche hat die EU-Kommission über 20 Papiere zu der geplanten Energieunion veröffentlicht. Wie bildet sich das Zusammendenken von Investitions- und Klimapolitik in den Plänen zur Energieunion ab?

Die Zusammenfassung nimmt deutlichen Bezug auf den Klimagipfel in Paris und betont, dass die Strategien der Energieunion die Zielsetzung von Paris aufnehmen muss. Dabei setzt die Kommission ihren Fokus auf Energieeffizienz und den Ausbau der Erneuerbaren, aber auch auf die Notwendigkeit neuer Geschäftsmodelle für Unternehmen aus Industrie und Energiewirtschaft. In diesem Zusammenhang wird auch die Bedeutung einer Berufsbildung betont, die sich auf neue Anforderungen grüner Geschäftsmodelle einstellt.

Dieses Denken in Synergien zwischen Energieeffizienz, Energiesicherheit, Infrastrukturentwicklung, dem internen Energiemarkt und den Klimazielen ist neu und erfreulich. In den Energieplänen der einzelnen Länder für die Zeit von 2021 bis 2030 soll sich nun konkretisieren, was wir hier diskutieren. Dabei wird Energieeffizienz als eine der drei zentralen Ebenen benannt.

Es soll sichergestellt werden, dass mindestens 20% des EU-Budgets zwischen 2014 und 2020 klimarelevant eingesetzt werden, wobei die genaue Definition von „klimarelevant“ noch unklar ist. Die zwei bisher getrennten Fonds (Europäischer Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) & Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI)), die beide für Investitionen in Energieeffizienz genutzt werden können, sollen besser miteinander verzahnt werden. Es wird auch klar benannt, dass mit den derzeit beschlossenen Maßnahmen das 2020-Klimaschutzziel verfehlt wird (17,6% statt 20% THG-Reduktion). Daraus folgt auch für die Kommission, dass die Investitionsbedingungen insbesondere für Energieeffizienz verbessert werden müssen.

Dafür werden bereits für das Jahr 2016 Initiativen im Bereich Energieeffizienz vorgeschlagen, wie zum Beispiel ein Gesetzesvorschlag, wie die Energieeffizienzdirektive mit den neuen 2030-Zielen in Kohärenz gebracht werden kann und eine grundlegende Evaluation der Energie-Performance der Gebäudedirektive.

Auch Deutschland wird konkret benannt: Laut Kommission müssen in Deutschland Aggregatoren gebildet werden, um die vielen kleinen Projekte im Bereich der Energieeffizienz zu bündeln und für Investoren attraktiv zu machen. Neu ist auch die Initiative „Smart Transformation“, die sich gezielt um den Wärme- und Kühlungsbereich kümmern soll. Das soll auch bereits im Frühjahr 2016 angepackt werden.

In Hinblick auf unseren Workshop wird festgestellt, dass Griechenlands nationale 2020- Klimaziele nicht ehrgeizig genug sind. Die bisherigen Emissionsreduktionen resultieren fast vollständig aus dem Zusammenbruch der Wirtschaft im Zuge der Krise.

Aber auch Deutschland ist momentan nicht auf dem Weg, seine Reduktionsziele beim Primärenergieausstoß (2014-2020) einzuhalten.

Fragen und Antworten zu den Inputs:

Frage: Die höchsten Energieeffizienzpotentiale sind in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten zu finden. Allerdings richten sich die ersten Projekte im EFSI wie auch der Energieeffizienzfond der EU an westeuropäische Mitgliedsstaaten. Wo liegen die Hemmnisse für die Energieeffizienz in Osteuropa?

Antwort Ingmar Jürgens: Der EFSI ist ein neutrales Instrument mit allgemeinen Anforderungen für Investitionen. Faktoren, die z.B. in Rumänien allgemein von Investitionen abhalten, greifen auch im Bereich der Energieeffizienz. Um Investitionen in diesen Ländern anzuregen, bedarf es zusätzlicher Mechanismen, um bankable projects zu ermöglichen. Das Problem ist aber auch auf kommunaler Ebene in Deutschland zu finden.

Dazu kommt die Frage, ob man im Rahmen der Verwaltung von Strukturfondsmitteln auf Zuschussfinanzierung setzt oder andere Wege sucht, um Investitionen zu hebeln. Eine Zuschussfinanzierung hat aus Sicht der Politik den Vorteil einer viel größeren Kontrolle über den Einsatz der Mittel. Zudem sind bei Zuschussfinanzierung die beihilferechtlichen Fragen sehr einfach zu klären. Schließlich gibt es auch knappe personelle Ressourcen. In Deutschland beschäftigen sich unzählige Beamte mit der Administration dieser Fragen, in Polen z.B. ein nur ein Bruchteil.

Frage: Aggregatoren für Investments in Energieeffizienz werden von vielen Akteuren gefordert, aber wer soll diese Rolle einnehmen? Wird auf EU-Ebene darüber nachgedacht? Ist es die EIB? In Deutschland wird darüber nachgedacht, ob nicht die KfW diese Rolle übernehmen kann.

Antwort Ingmar Jürgens: Da muss man zwischen den Mitgliedsstaaten unterscheiden. In einigen kann der EFSI eine Rolle spielen, in anderen wie Deutschland ist er dank KfW und der Länderförderinstrumente vielleicht nicht notwendig. Eines der ersten EFSI-Projekte versucht, eine Plattform zur Aggregation aufzubauen. In diesem Beispiel richtet es sich an private Hausbesitzer, bei denen durch eine PPP die Investitionen in Energieeffizienz gehebelt werden sollen. Aber solche Plattformen sollten auf nationaler Ebene installiert werden, bei denen dann im Zweifel der EFSI Garantien übernimmt.

Antwort Christoph Bals: Der Bedarf nach solchen Aggregatoren ist gerade auch bei institutionellen Anlegern groß, die dringend Anlagemöglichkeiten

suchen. Denn die meisten Energieeffizienz-Projekte liegen weit unter der Schwelle für diese Anleger. Diese Investoren suchen Möglichkeiten in Deutschland, aber eben auch in der EU und international. Daher sollten solche Instrumente nicht nur nationalstaatlich gedacht werden.

Antwort Kerstin Kiehl: Die KfW führt nicht nur bei m Thema Energieeffizienz, sondern gerade auch bei Erneuerbaren Energien und Bildung intensive Gespräche mit EFSI und EIB. Dabei spielt das Thema Aggregatoren keine große Rolle, wobei man den Ansatz der Globaldarlehen durchaus als Aggregation betrachten kann.

„Die entscheidenden Mechanismen bei der Wirkung klimarelevanter Investitionsanreize“

Prof. Dr. Carlo Jäger, Vorsitzender Global Climate Forum (GCF)

Es gibt drei wirtschaftstheoretische und für dieses Thema relevante Mechanismen.

- Kapazitätsauslastung
- Learning by Doing
- Erwartungskoordination

Es gibt eine gute Chance – gerade im Bereich der Energieeffizienz bei Gebäuden - sowohl den Klimawandel zu adressieren als auch das „Europaproblem“ in all seiner Tragweite anzugehen. Aber dazu ist wichtig, diese Mechanismen zu verstehen und wahrzunehmen.

Dabei gilt: Instrumente und Mechanismen werden immer wieder kritisiert, weil sie bei einer bestimmten Ausgangslage nicht funktioniert haben. Aber entscheidend ist es genau diese Ausgangslage zu analysieren und das passende Instrument zu finden. Umgekehrt ist es genauso. Kein Instrument passt auf jede Ausgangslage.

Das Sozialprodukt der Eurozone seit ihrer Gründung hat einen eindeutigen Trend: Die Finanzkrise ab 2008 hat diesen stabilen Trend erschüttert. Seitdem bewegt sich das „potentielle Sozialprodukt“, also das theoretisch erreichbare, und das reale Sozialprodukt weit auseinander. Das „potentielle Sozialprodukt“ liegt etwa 5 Prozent über dem realen und wäre eigentlich durch wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen innerhalb weniger Monate zu erreichen. Zu dieser Lücke von 5 Prozent kommt ein viel gravierendes Problem. Durch den Rückgang der Kapazitäten, also dem Verlust von Fähigkeiten im Zuge der Krise, gehen dem Sozialprodukt weitere 10 Prozent verloren. Dieser Verlust von Fähigkeiten ist nicht innerhalb weniger Monate wieder auszugleichen. Innerhalb eines Jahrzehnts ist es aber möglich – genug für unsere Perspektive auf 2030.

Es lohnt ein kurzer Blick auf die Entstehung der Krise: Ein in jedem Maßstab winziges Problem von und mit Griechenland hat Europa in seinen

Grundfesten erschüttert. Ausgelöst wurde diese Erschütterung durch den Schock nach der amerikanischen Subprime-Krise und durch Konstruktionsfehler beim Euro. Der Fehler des Euros liegt darin, dass einzelne Länder ihre Währung nicht mehr abwerten können. Wenn das nicht mehr möglich ist, muss dafür ein Ersatz geschaffen werden. In Deutschland ist dies der Länderfinanzausgleich. Der fehlt in der Euro-Zone.

Aber auch ein grundlegendes Missverständnis trägt massiv zur Krise bei. Es wird bei politischen Maßnahmen nicht unterschieden zwischen kurzfristig wirkenden Reformen und langwierigen kulturellen Veränderungsprozessen.

Zu den Mechanismen:

1. **Kapazitätsauslastung:** Investitionsanreize funktionieren völlig anders, wenn unausgelastete Kapazitäten vorliegen. Ein Beispiel ist der momentan starke Zustrom von Flüchtlingen in Deutschland. Gelingt es, die brachliegende Kapazität von 1 Millionen Menschen zu mobilisieren oder nicht?

Dafür ist der Gebäudesektor höchst relevant. Sowohl im Bau selber als auch in der Administration geht es um Fähigkeiten, die relativ schnell erworben werden können. Innerhalb von zwei Jahren sollte es möglich sein, viele neue Fachkräfte auszubilden.

2. **Erwartungskoordination:** Es fehlt an Menschen und Organisationen, die Projekte aufbereiten. Es fehlt auch an ihnen, weil nur wenige Projekte gemacht wurden. Wenn Investoren erwarten, dass wenig geschehen wird, werden sie wenig investieren. Und wenn sie wenig investieren, werden wenige Projekte verwirklicht. Mario Draghi stand in der Euro-Krise vor dem gleichen Problem mit den Finanzmärkten. Er reagierte darauf, indem er der Öffentlichkeit sagte: „Wir werden tun, was immer auch nötig ist, um den Euro zu retten.“ Mit der Finanzspritze der EZB in der Folge hat er dies in die Tat umgesetzt und die Finanzmärkte stabilisiert. Eine solch mutige Politikentscheidung fehlt bisher im Bereich Klimaschutz, ganz besonders im Bereich Energieeffizienz in Gebäuden.

Ein klimafreundliches Europa bedarf der Kooperation. Können wir also die Erwartungen relevanter Akteure in Europa fokussieren auf mehr Klimaschutz wie Draghi die Erwartungen der Finanzakteure in der Euro-Krise fokussiert hat?

3. **Learning-by-doing:** Man baut keine Flugzeuge, indem man Institute zum Flugzeugbau gründet. Im Gebäudebereich gibt es unglaublich viel Potential und Innovationen, die bisher nicht genutzt werden. Z.B. Fensterscheiben, die durch den Einsatz von Nanotechnologie effizienter werden bis hin zum Einsatz von KWK, die insbesondere in Osteuropa ein großes Potential hat.

Was sind richtige Anreize? CO₂-Preise sind wichtig und richtig, reichen aber bei weitem nicht aus und wirken langsam. Stattdessen braucht es öffentlich induzierte Ausgaben, die aus politischen Gründen nicht in den

regulären Budgets erscheinen können. Beispiel dafür ist die Einspeisevergütung im EEG, mit der jährlich 20 Milliarden Euro mobilisiert werden – vom Steuerzahler.

Zusammengefasst ist es wichtig, dass sowohl bei kleinen wie auch großen Projekten immer gefragt wird: Gibt es eine Kapazitätsauslastung? Gibt es technischen Fortschritt? Kann ich die Erwartungen koordinieren und fokussieren?

Diskussion:

- Es besteht viel Potenzial bei der Verbindung der Energie- und Klimafrage und der Krise. Wir haben vor allem viel Potenzial, daraus Narrative zu entwickeln.
- Es wird schwierig werden, kleine Unternehmen mit makroökonomischen Argumenten zu überzeugen. Es gibt eine Lücke zwischen der Marko-Argumentation und dem, was dezentral passieren muss.
- Wir brauchen gesellschaftliche Allianzen, durch die eine Erwartungsstabilisierung auch durch größere gesellschaftliche Akteure betrieben wird. Es gibt ein weites Feld von Profiteuren, die mobilisiert und in Resonanz gebracht werden müssen.
- Die Diskrepanz zwischen der Marko-Argumentation auf Ebene der Volkswirtschaft und konkreten Ansätzen auf lokaler Ebene muss überwunden werden. Dabei können technische Standards, die konkrete Projekte vergleichbar und evaluierbar machen, helfen.
- Es gibt eine Heterogenität auf der Anbieterseite, bei den Eigentümern von Wohnraum, daher wird es schwer werden, dort ein gleichmäßiges Verständnis und eine gemeinsame Erwartungshaltung herzustellen. Dafür braucht es eine klare politische Aussage.
- Sowohl Sparkassen als auch Energieversorger wären interessante Dialogpartner, denn sie operieren an der Schnittstelle von privaten und öffentlichen Geldern. Zudem sind diese gerade ökonomisch unter Druck und daher auf der Suche nach neuen Geschäftsmodellen.

"Fallbeispiel Deutschland: Die KfW-Gebäudeprogramme und ihre Effekte auf Beschäftigung"

Kerstin Kiehl, KfW, Abteilungsleiterin Produktmanagement

Der Investitionsbedarf bei der Energiewende beträgt mind. 39 Mrd. Euro pro Jahr bis 2020. Dabei entfallen 12 Prozent auf Energieeffizienz in Privathaushalten, 40 Prozent auf energieeffiziente Sanierungen, 32 Prozent auf den Ausbau von Erneuerbaren Energien, 13 Prozent auf den Ausbau der Stromnetze und 3 Prozent auf die Sicherung einer fossilen Reserve.

Die KfW fördert insbesondere das energieeffiziente Bauen und Sanieren. Inzwischen profitiert jede zweite neugebaute Wohneinheit von der KfW-Förderung. Es gilt dabei zudem der Effizienzhausstandard. Die Ausrichtung der Förderung erfolgt nach Gesetzeslage und dem Energieeffizienz-Potential.

Bei Sanierungen gibt es einen Kredit und einen Zuschuss, bei Neubau nur einen Kredit. Die Energieeffizienzhausstandards sind ein gutes Beispiel, da sie dynamisch und bei ihrer Einführung neuartig waren und sich an viele Akteure wenden.

An den KfW-Programmen lässt sich auch der Beschäftigungseffekt von Investitionen in Energieeffizienz bei Gebäuden ablesen. Die Programme haben ca. 70-75 Prozent direkte Effekte z.B. in der Bauwirtschaft und beim Handwerk, bei Architekten, Bauingenieuren und Energieberatern. Die indirekten Effekte von ca. 25-30 Prozent sind z.B. im Handel und bei Lieferanten zu spüren. Zudem tragen die Programme auch zur Schaffung von Ausbildungsplätzen bei.

Aus Sicht von Hausbesitzern sind vor einer Investitionsentscheidung folgende Punkte relevant: Kosten der Maßnahme, Nutzen der Maßnahme, Risiken der Maßnahme, Höhe der Förderung, die Steuerersparnis und nicht-ökonomische Anreize wie z.B. Klimaschutzaspekte.

Der Nutzen für den privaten Investor besteht aus der zu erwartenden Energieeinsparung, der Steigerung des Immobilienwertes und dem höheren Wohnkomfort.

Aus den KfW-Programmen kann man das Fazit ziehen, dass Förderung immer mehr sein muss als das reine Geben von Geld. Dazu sind Sanierungsentscheidungen zu vielschichtig und hängen zu sehr vom Förderumfeld ab.

Diskussion:

- Ein wesentliches Element für den Erfolg der KfW-Programme ist, dass die Qualitätssicherung bei der KfW selber durchgeführt wird. Es gibt zudem eine unabhängige Baubegleitung (50%iger Zuschuss) und Lernprogramme für Architekten und Energieberater. Wichtig für eine Ausweitung ist eine Bundesmittelförderung für den gesamten Gebäudebereich, die auch Nicht-Wohngebäude einbezieht.

- Grundsätzlich ist ein langfristiger Förderansatz gut für Arbeits- und Ausbildungsplätze. Denn was die Beschäftigungszahlen angeht, bleibt immer die Frage nach der Nachhaltigkeit. Der DGB plädiert für langfristige Förderungsprogramme, die auch Ausbildungsplätze schaffen.
- Um in den wirtschaftspolitischen Mainstream zu wirken, sind die KfW-Programme enorm wichtig. Zudem müssen nationale und EU-Instrumente komplementär sein. Dazu muss auch das regulative Umfeld auf EU-Ebene ggf. angepasst werden.

"Fallbeispiel Griechenland: Mögliche Effekte von Investitionsprogrammen für Energieeffizienz im öffentlichen Gebäudebestand"

Frank Meissner (GCF) und Christoph Bals (Germanwatch)

Generell ist Griechenlands Energiesystem geprägt von einer großen Importabhängigkeit und steigenden Elektrizitätspreisen. Auch die Gaspreise für mittlere Haushalte sind relativ hoch geblieben. 35 Prozent der Haushalte haben Schwierigkeiten, ihre Stromrechnungen zu bezahlen und 30 Prozent können ihre Häuser im Winter nicht wärmen.

Die Energieeffizienzziele Griechenlands können momentan nur krisenbedingt erreicht werden. Dabei gibt es großen Spielraum beim Ausbau des Fernwärmenetzes und bei dem Austausch von Kühlsystemen.

Die Studie konzentriert sich auf den öffentlichen Gebäudebestand. Es gibt etwa 32 000 Nicht-Wohngebäude, was 46 Prozent der Gebäudeinfrastruktur umfasst. Im Gegensatz zu Mitteleuropa gibt es in Griechenland wenig Heating Degree Days, dagegen aber viele Cooling Degree Days. Dies ist gerade im öffentlichen Gebäudebestand sehr relevant. Den höchsten Energieverbrauch haben dabei Sportstätten, gefolgt von Krankenhäusern, Büros der öffentlichen Verwaltung, Universitäten, Kindergärten und Schulen.

Die wirkungsvollsten Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz in diesem Gebäudebestand wären der Austausch ineffizienter Boilertechnik und der Kühlsysteme, der Anschluss an Fernwärme-Netze und die Fassaden- und Dachdämmung. Gerade bei der thermischen Isolierung ist das Energieeffizienzpotential mit 50-60 Prozent außerordentlich hoch. Insgesamt beträgt das Einsparpotenzial pro Jahr ca. 1.020 GWh, was knapp unter einem Prozent des gegenwärtigen primären Energieverbrauchs Griechenlands liegt.

Unter Berücksichtigung unterschiedlicher Sanierungskosten ergeben sich unterschiedliche Investitionsbedarfe, die wiederum unterschiedliche Beschäftigungseffekte aufweisen.

75 Euro pro m ²	Invest.-Bedarf von 1,245 Mio Euro	Beschäftigungseffekt 25.000
100 Euro pro m ²	Invest.-Bedarf von 1,660 Mio Euro	Beschäftigungseffekt 33.000
200 Euro pro m ²	Invest.-Bedarf von 3,320 Mio Euro	Beschäftigungseffekt 66.000

Diskussion:

- In Griechenland sind ordnungspolitische Rahmenbedingungen notwendig, die z.B. Krankenhäuser zu Investitionen zwingen und Kredite und Zuschüsse erleichtern.
- Gibt es nicht momentan nicht andere Prioritäten für Griechenland? Wer könnte hier auch eine Ko-Finanzierung leisten?
- Es gibt momentan immer noch brachliegende Gelder im Strukturfonds. Wie kann man die Mittel so nutzen, dass jetzt nicht in irgendwas investiert wird, sondern Klimaziele auch mitgedacht werden?
- KfW-Programme galten bis Mitte des Jahres auch im Ausland. Griechenland könnte eine solche Energieeffizienz-Initiative gebrauchen, aber vor allem in Ostdeutschland ist Wärmedämmung momentan notwendiger als im milden griechischen Klima.
- Es gibt keine KfW in Griechenland, außerdem muss die andere Fiskalsituation beachtet werden. Stattdessen gibt es vielleicht eher eine Rolle für Banken: Was würden Banken benötigen, um so einen Kreditrahmen aufzufahren? (Angebotsproblem). Dann können der EFSI oder die EIB unterstützend wirken.
- Gibt es semi-empirische Daten der KfW aus der Erfahrung in Deutschland, was solche Kreditrahmen für Effekte hatten?
- Man sollte den Ko-Benefits-Bereich auch mehr in die Diskussion einbeziehen, vor allem die sozialen Argumente wie Gesundheitsaspekte. Da sind die finanziellen Vorteile z.T. noch viel größer als im Energieeffizienzbereich.
- Es scheint, als seien Erneuerbare Energien, Solar-Thermie und sanierte Kühlung aus klimapolitischer Sicht viel wichtiger als die effiziente Wärme im Winter. Zudem wäre Griechenland dann weniger von Ölimporten abhängig.
- Der Markt muss erst durch staatliche Investitionen angeschoben werden, die Nachfrage muss erst generiert werden.

Ausblick

Da neben der Energieeffizienz auch Erneuerbare Energien, der Netzausbau und der Ausbau der IKT-Technologien relevante Investitionsfelder für eine Dekarbonisierung sowie eine klimafreundliche Erneuerung der Infrastruktur sind, soll im vierten Fachgespräch der Fokus auf einem weiteren Anwendungsfall in diesen Bereichen gelegt werden. Insbesondere durch die Zuspitzung der Flüchtlingssituation auf dem Balkan sowie dem starken Engagement der chinesischen Regierung zur Schaffung neuer Handelsrouten auf dem Weg nach Europa („One Belt, one Road“), soll der Blick auf den Balkan gerichtet werden. Für diese ökonomisch schwache und zugleich immer noch kaum an die EU angebundene Region, bieten sich große Chancen im Bereich grüner Investitionen und grünen Wachstums. Die Potentiale, die sich durch einen besseren Ausbau der Hochspannungsnetze, der Transportinfrastruktur sowie des Breitbandnetzes ergeben, sollen in eine GCF-Studie „Green Corridor“ evaluiert und auf dem vierten Fachgespräch in Zagreb, Kroatien mit Teilnehmern aus Politik, Zivilgesellschaft, Industrie und Wissenschaft in der Repräsentanz der Europäischen Kommission diskutiert werden.

¹ <https://www.clsa.com/special/onebeltoneroad/>

MacDowall, A. (2014) China looks to Europe – through the Balkans. Financial Times, December 19.

² Mangalagiu, D., Meissner, F., Mielke, J., Jaeger, J.: A Green Corridor for Europe Connecting the EU and the Balkans, Report produced for the Institute of Advanced Sustainability Studies, Potsdam, Germany, Paris/Berlin Spring 2016.